

## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in Deutschland war der Krieg in Gaza Anlass für viele Demonstrationen. Dabei gingen vor allem Migranten arabischer und türkischer Herkunft auf die Straße, um gegen das israelische Vorgehen zu protestieren und ihre Solidarität mit den Palästinensern zu bekunden. Stark geprägt waren die meist von arabischen und islamischen Vereinen initiierten Demonstrationen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In den Protestmärschen wurden die Emotionen deutlich, die das Geschehen im Nahen Osten bei vielen von ihnen auslöst. Nicht selten gingen die Proteste gegen die israelischen Angriffe auch in offene antisemitische Hetze und Aufrufe zu Gewalt über. (Siehe dazu den Kasten auf Seite 7 in dieser Ausgabe des Newsletters. An dieser Stelle auch noch einmal der Hinweis auf die [letzte Ausgabe](#) des Newsletters, in der es um Möglichkeiten der pädagogischen Prävention und Begegnung von Antisemitismus ging.)

## EDITORIAL

1

## 1. HINTERGRUND

2

Wider den Materialismus: Harun Yahya und der islamische Kreationismus

2. ARABISCHE, TÜRKISCHE UND MUSLIMISCHE STIMMEN

5

Islamische Positionen zur Scharia; Ist Musik erlaubt?; Proteste gegen den Krieg in Gaza

Um Feindbilder geht es auch bei der Auseinandersetzung mit dem islamischen Kreationismus: Wie unter christlich-fundamentalistischen Strömungen gibt es unter konservativen Muslimen einen Trend, die Evolutionstheorie abzulehnen – zum Beispiel im Biologieunterricht. Harun Yahya ist der bekannteste Vertreter dieser Strömung, deren Anhänger glauben, Gott habe die Menschen und die Arten so geschaffen, wie sie heute sind. Seine zahlreichen und in mehrere Sprachen übersetzten Werke sind auch in Deutschland verbreitet. Dabei geht es Yahya nicht allein um Glaubensfragen: Für ihn ist der "Darwinismus" die Ursache allen Übels der modernen westlichen Gesellschaften, die er als dekadent, materialistisch und gottvergessen kritisiert. Dagegen stellt er sein Ideal einer frommen islamischen Gemeinschaft.

Zu den „Übeln dieser modernen Welt“ zählt für extreme Strömungen des Islam auch die Musik. Aus dem Koran und der Sunna leiten sie ein Verbot von Musik ab – auch wenn sich die meisten Muslime um solche Verbote herzlich wenig kümmern: Für die Mehrheit der Muslime ist Musik ein selbstverständlicher Teil ihrer alltäglichen Lebenswelt. Trotzdem wird die Frage „Ist Musik hören erlaubt?“ von religiösen Jugendlichen oft gestellt. Die Antworten darauf spiegeln nicht nur das Spektrum des konservativen Islam in Deutschland, sie verdeutlichen zudem die Problematik, die mit dem Anspruch einhergeht, jede Lebensfrage aus den religiösen Quellen beantworten zu wollen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre,

die Redaktion

herausgegeben von:

**ufuq.de**  
Maidenforschung & politische Bildung  
in der Einwanderungsgesellschaft

gefördert von:

**bbp**  
Bundeszentrale für  
politische Bildung

## 1. HINTERGRUND

### Wider den Materialismus: Harun Yahya und der islamische Kreationismus

von Martin Riexinger

Sechs Kilo schwere Büchersendungen gingen vor anderthalb Jahren an unterschiedliche Adressaten in Europa, darunter Naturkundemuseen in Deutschland, Schulen in Frankreich und lutherische Pastoren in Dänemark. Das unerwartete Buchpräsent entpuppte sich als *Atlas der Schöpfung*. Auf 800 Kunst- druckseiten wird darin verkündet, dass es sich bei der Evolutionstheorie um eine Lüge handele, die an allem Übel der modernen Welt schuld sei. Verfasst wurde dieses Werk jedoch nicht von christlichen Fundamenta- listen im ameri- kanischen Bible Belt, sondern von der *Stiftung für Wissen- schaftsfor- schung* in Istan- bul. Die PR- Kampagne rückte den pro- nimentesten Vertreter des is- lamischen Kre- ationismus, den türkischen Pub- lizisten Harun Yahya, ins Blick- feld einer brei- teren Öffentlich- keit. Bereits in den voangegan- genen Jahren berichteten Lehrer über muslimische Schüler, die sich im Unterricht gegen eine Behandlung der Evolutionsthe- rie wehrten.

Aufmerksamen Beobachtern war auch nicht entgangen, dass Yahyas Schriften schon seit den späten 90er Jahren in islamischen Buch- handlungen in Europa vertrieben wurden und dass Websites von Moscheevereinen

und islamischen Studentenverbindungen auf Yahyas Internetangebote verwiesen.

Dabei hatte sich der Kreationismus in der Türkei erst im Kontext eines sich intensivier- enden islamischen Diskurses der 70er und 80er Jahre zu einem zentralen Element im Selbstverständnis vieler konservativer Mus- lime entwickelt.

Die Gegner der Evolutionstheorie führen sowohl religiöse als auch politische Gründe an: Auf reli- giöser Ebene stehe die Evolutionstheorie in aus- drücklichem Widerspruch zu Aussagen des Ko- ran. Zwar enthält

der Koran keinen de- taillierten Schöp- fungsbericht, der den Darstellungen der Genesis ver- gleichbar wäre. Die koranischen Aussa- gen über die Er- schaffung Adams sind aber eindeutig: Ihnen zufolge wurde Adam von Gott in ei- nem besonderen Schöpfungsakt aus Lehm geformt. (6:2, 15:26-33, 23:12, 37:11, 32:7-9, 55:14) Hinzu kommt, dass die

Evolutionstheorie den Menschen ins Tierreich einordnet und seine Entstehung als Resultat zu- fälliger Mutationen und Selektionsprozesse er- klärt. Damit negiere diese Lehre die Sonderstel- lung des Menschen als Krone der Schöpfung. Zudem gilt vielen Muslimen gerade die Regel- mäßigkeit von Naturerscheinungen und die Nützlichkeit von Pflanzen und Tieren für den Menschen als Beweis für einen weisen und be- wusst handelnden Schöpfer. Die Evolutions-



Website von Harun Yahya: "Eine Einladung zur Wahrheit" ([harunyahya.de](http://harunyahya.de))

theorie nimmt der Schöpfung diesen göttlichen Charakter.

Die weltanschauliche Brisanz der Frage nach dem Ursprung des Menschen steht in einem weiteren politischen Zusammenhang: Die Evolutionstheorie stieß im späten Osmanischen Reich vor allem unter Kritikern der Herrschaft von Sultan Abdülhamit II. auf breitere Aufmerksamkeit. Sie sahen in der Lehre von der Entwicklung der Schöpfung eine Waffe gegen die islamisch legitimierte Autokratie. Unter Kemal Atatürk, der in den 20er Jahren eine autoritäre Modernisierung der Gesellschaft vorantrieb, wurde die Evolutionstheorie schließlich in den Biologie- und Geschichtsunterricht eingeführt. Für das religiöse Lager geriet sie so zu einem Symbol einer von Materialismus und Säkularismus geprägten Gesellschaft.

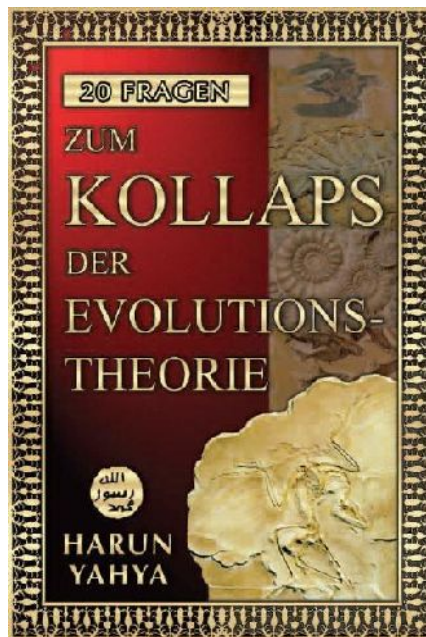
In Abgrenzung dazu fand die Lehre vom Kreationismus ab Mitte der 60er Jahre zunehmend Verbreitung. Die Kritik an der Evolutionslehre wurde nun erneut zu einem Feld der Auseinandersetzung zwischen Anhängern säkularer politischer Strömungen und konservativen Muslimen.

Eine wichtige Rolle spielten dabei die Nurchus, eine von dem Prediger Said Nursi (gest. 1960) gegründete religiös-konservative Gruppierung. Einige Wortführer dieser Bewegung – darunter der heute sehr populäre Prediger Fethullah Gülen – bemühten sich, die Grundlagen der, wie sie sagen, materialistischen Weltanschauung ihrer politischen und ideologischen Gegner zu widerlegen. Sympathien gewannen die Nurchus dabei auch, weil sie sich von den gewalttätigen Auseinandersetzungen dieser Jahre zwischen linkskemalistischen und marxistischen Strömungen auf der einen Seite und rechtsnationalen auf der anderen fern hielten.

In den 70er Jahren begannen die Nurchus schließlich eine Kampagne gegen die Evolu-

tionstheorie, der sich auch Autoren anderer religiöser Strömungen anschlossen. Trotz ihrer religiösen und politischen Motivation erhoben die Nurchus dabei den Anspruch, wissenschaftlich zu argumentieren und bedienten sich der Argumente englischsprachiger protestantischer Kreationisten. Folgende Argumente wurden gegen die Evolutionstheorie angeführt:

1. Die Komplexität des Lebens, von der einzelnen Zelle bis zum Menschen, könne nicht durch Zufall entstanden sein.
2. Weil die Arten vollkommen seien, sei die Vorstellung eines Artwandels durch Mutationen ausgeschlossen, da ein solcher immer zu einer Verschlechterung der Art führen würde.
3. Auch der Sachverhalt, dass heute immer noch einfache Lebensformen existieren, widerspreche dem Gesetz der schrittweisen Vervollkommnung der Arten. Das Vorkommen schwacher Tiere stehe zudem im Widerspruch zum Gesetz vom Überleben des Stärkeren.
4. Die Evolutionslehre stehe wissenschaftlich zunehmend in der Kritik. Um dies zu belegen, werden Äußerungen zu Streitfragen über Details der Evolution aus dem Kontext gerissen und als Beleg für die Unhaltbarkeit der Evolutionslehre ausgegeben.



Harun Yahya über die Evolutionstheorie

Neben diesen vermeintlich wissenschaftlichen Einwänden wird oft auch moralisch-politisch argumentiert: Die Evolutionstheorie wird nicht nur einer vermeintlichen Nähe zum Marxismus gezogen, sondern auch mit Kapitalismus und Rassismus als Ausdruck eines westlichen, materialistischen Denkens in Verbindung gebracht.

Mitte der 80er Jahre gewannen die islamischen Kreationisten schließlich Einfluss auf die türkische Bildungspolitik. Die Evolutionstheorie wurde zwar nicht gänzlich aus den Lehrplänen gestrichen, wohl aber um zwei zentrale, besonders anstößige Aspekte verkürzt: die Lehre von der natürlichen Zuchtwahl und von der Abstammung des Menschen. In den 90er Jahren verlor das Thema schließlich zunächst an Brisanz, die

gegenwärtige türkische Regierung protegiert die Verbreitung des Kreationismus jedoch wieder.

Harun Yahya (eigentlicher Name: Adnan Oktar, geb. 1956 und von Beruf Innenarchitekt) spielte eine maßgebliche Rolle bei der internationalen Verbreitung des islamischen Kreationismus. Er publizierte seit den 80er Jahren dutzende kreationistische Traktate, aber auch Schriften über vermeintlich jüdisch-freimaurerische Weltverschwörungen und das baldige Erscheinen des Mahdi.

Erst Ende der 90er Jahre gelang es Yahya allerdings, über Veröffentlichungen im Internet eine breitere islamische Öffentlichkeit zu erreichen.

Er ließ online-Versionen seiner Bücher erstellen und legte bald Übersetzungen ins Englische und zahlreiche andere Sprachen nach. Viele seine Schriften sind mittlerweile auch auf deutsch erhältlich und werden im Internet oder über Moscheevereine vertrieben. So wurde er auch in Deutschland unter Muslimen unterschiedlicher Herkunft und Orientierung populär.

Dabei beschränkt Yahya seine Propaganda nicht allein auf Veröffentlichungen. Vertreter seiner *Stiftung für Wissenschaftsforschung* sind als Referenten weltweit unterwegs und suchen vor allem in den USA und Europa die Zusammenarbeit mit christlichen Kreationisten.

Yahyas Thesen basieren auf klassischen Vorbehalten gegenüber der Evolutionstheorie, wobei es ihm gelingt, auf aktuelle Entwicklungen einzugehen und damit ein breites Publikum anzusprechen. So berief er sich auf die Anschläge vom 11. September, um in dem Buch *Der Islam verurteilt den Terrorismus* erneut vor den Gefahren des „materialistischen Denkens“ zu warnen.

Denn auch für das Phänomen des modernen Terrorismus macht er den „Darwinismus“ verantwortlich, schließlich propagiere dieser die Vorstellung, „das Leben ist Konflikt“.

Problematisch sind Yahyas Thesen dabei weniger wegen seines Glaubens an eine göttliche Schöpfung der Arten. Der von ihm verfochtene Kreationismus propagiert vielmehr eine dichotome Weltansicht, nach welcher sich gottesfürchtige Muslime auf der einen und materialistische, dem „Darwinismus“ verfallene Nicht-Muslime auf der anderen Seite gegenüber stehen. Als solche befördert diese Ideologie Feindbilder und die Abgrenzung von der nicht-islamischen Gesellschaft.

### Informationen zum Kreationismus

Die Einwände gegen die Evolutionstheorie sind für Laien kaum zu durchschauen. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Publikationen, die Argumentationshilfen für die Auseinandersetzung mit Anhängern des islamischen wie christlichen Kreationismus geben. Hier finden sich Hintergrundinformationen, wenn es darum geht, im Klassenzimmer über die Ursprünge der Welt zu diskutieren:

- [www.evolutionslehrbuch.com](http://www.evolutionslehrbuch.com) (Website des Evolutionsbiologen Prof. Dr. Ulrich Kutschera)
- Online-Materialsammlung der Jungen GEW (Köln) zum Thema *„Intelligent Design und Kreationismus“*
- Die bildgewaltigen Irrtümer der Kreationisten ([welt.de](http://welt.de), 20. Dez. 2007)
- Weltentstehung, Evolutionstheorie und Schöpfungsglaube in der Schule (*EKD-Texte 94, 2008*) ■

Für die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen gibt es indes kein einfaches Rezept zum Umgang mit dem islamischen Kreationismus. Debatten über die „richtige“ Auslegung des Koran können Außenstehende ohnehin kaum glaubhaft führen. Dennoch lässt sich dem Kreationismus in einer sachlichen Auseinandersetzung begegnen. Hier hilft ein Blick in neuere Veröffentlichungen (s. Kasten), welche die Argumente von islamischen und christlichen Kreationisten aufgreifen und deren Widersprüche und Unstimmigkeiten aufzeigen. ■

*Dr. Martin Riexinger ist Islamwissenschaftler und lebt in Göttingen.*

## 2. ARABISCHE, TÜRKISCHE UND MUSLIMISCHE STIMMEN

### **Islamische Positionen zu Scharia und Grundgesetz**

*Für Muslime ist sie ein zentraler Bestandteil des Islam, für viele Nicht-Muslime hingegen ein rotes Tuch: die Scharia. Dabei kann kaum jemand genau definieren, was mit „Scharia“ eigentlich gemeint ist. Oft wird unter dem Begriff das „islamische Recht“ verstanden. Das greift indes zu kurz – und so sind die Vorstellungen von der Scharia auch unter Muslimen sehr unterschiedlich. Besonders deutlich wird dies, wenn es um die Bedeutung der Scharia für Muslime in nicht-islamischen Gesellschaften geht.*

„Wenn hierzulande das Wort ‚Scharia‘ fällt, denkt man sofort an Auspeitschen, Hand-abhacken oder Steinigung als im islamischen Gesetzbuch verankerte Körperstrafen, an Verstöße gegen die Menschenrechte oder an die Schreckensherrschaft der Taliban in Afghanistan“, schreibt die Islamwissenschaftlerin Ursula Spuler-Stegemann in ihrem kurzen [Einführungsband](#) über den Islam. Allerdings sei dies viel zu kurz gefasst: „Denn während der Begriff ‚Scharia‘ außer-islamisch weitgehend negativ besetzt ist, gilt er frommen Muslimen positiv als Richtschnur ihres gesamten Lebens.“

Vor diesem Hintergrund löste ein [Beitrag](#) des Muftis von Bosnien-Herzegowina, Mustafa Cerić, der Ende 2007 in der CDU-nahen Zeitschrift *European View* erschien, eine heftige Debatte aus: Hatte Cerić, der vielen Beobachtern als „[islamischer Refor-](#)

[mator](#)“ und als Vorreiter des islamisch-christlichen Dialogs in Europa gilt, die Scharia darin doch als „ewig, unverhandelbar und unbefristet“ beschrieben. Das klang für manche nach einem Ruf zur Islamisierung Europas und sorgte für Proteste.

Dabei bezeichnet der Begriff Scharia zunächst lediglich den „Weg zur Quelle“. Sehr allgemein beschreibt die islamische Lehre die Scharia als Glaubensweg, der den Menschen leiten und zu Gott führen soll. Dabei geht es bei der Scharia nicht etwa um ein kodifiziertes Gesetzeswerk, sondern um die Gesamtheit der im Koran und der Sunna (den Berichten aus dem Leben des Propheten) enthaltenen Aussagen zu den verschiedenen Lebensbereichen: den religiösen Riten, den zwischenmenschlichen Beziehungen und zu ethischen und rechtlichen Fragen (hier vor allem zum Personenstandsrecht, aber auch einzelnen Strafrechtsbestimmungen). Dementsprechend

vielfältig sind die Deutungen dieser Regelungen und Normen. Islamistische und radikal-islamistische Strömungen bestehen auf wortwörtlichen Auslegungen einzelner Bestimmungen – was etwa die strenge körperliche Bestrafung von Diebstahl oder Ehebruch nach sich ziehen kann. Saudi-Arabien ist ein Land, in dem ein solches Verständnis der Scharia im

Rechtssystem verankert ist. In anderen islamisch geprägten Gesellschaften spielt die Scharia dagegen in der Rechtsordnung nur eine untergeordnete oder – wie im Falle der Türkei – gar keine Rolle.

Wenn sich ein Muslim auf die Scharia bezieht, kann damit also sehr Unterschiedliches gemeint sein – von ihr distanzieren wird er sich aber kaum. Unbestritten ist schließlich, dass



Illustration einer deutschsprachigen schiitisch-islamistischen Website ([islamicrevolutionaryservice.wordpress.com](http://islamicrevolutionaryservice.wordpress.com))

wesentliche Aspekte des Islam (u. a. die „fünf Säulen“) zur Scharia gehören. Vor diesem Hintergrund ist die Scharia gerade auch für gläubige Muslime in nicht-islamischen Ländern ein wichtiger Bezugspunkt ihrer Religiosität.

Zu dieser Frage betont das *Deutsche Islamforum* in einer *Informationsschrift*, die unter anderem von Repräsentanten der *DITIB* und des *Zentralrats der Muslime in Deutschland* (ZMD) – zwei großen islamischen Dachverbänden – unterzeichnet ist, dass es den meisten Muslimen in Deutschland nicht in den Sinn käme, für eine Einführung der Scharia zu streiten.

In diesem Sinne äußerte sich auch Mustafa Ceric. In einem *Gespräch* mit dem *Kölner Stadt-Anzeiger* versuchte der Mufti, Missverständnisse auszuräumen, die seinen Aussagen über die Scharia ausgelöst hatten: „Die Scharia ist der Kodex für ethisches und moralisches Verhalten eines Muslims und nicht etwa die Erzwingung eines bestimmten Verhaltens per Gesetz. (...) Hier in Europa haben natürlich die Verfassung, also das deutsche Grundgesetz, und die jeweiligen nationalen Gesetze absolute und einzige Gültigkeit. (...) Dem hat sich auch islamisches Recht zu unterwerfen.“

Dennoch: Die Haltung zur Scharia gilt oft als Lackmus-Test für die Integrationsbereitschaft von Muslimen. So auch in einem *Interview* des Magazins *Cicero* mit dem Leiter des *Islamischen Zentrums Hamburg*

(IZH), Hosseini Ghaemmaghami. Das IZH ist eine der maßgebenden schiitischen Einrichtungen in Europa, die unter dem Einfluss des Iran stehen. Trotz dieser Bindung bemühte sich das IZH in jüngster Zeit um moderate Positionen. Deutlich wird dies auch in Ghaemmaghamis Verständnis der Scharia, das er im *Cicero*-Gespräch darlegte: Keineswegs ginge es ihm um die Durchsetzung einer allumfassenden, zeitlosen islamischen Rechtsordnung. Die Scharia sei niemals vollständig anwendbar und selbst in Einzelaspekten nur unter bestimmten Voraussetzungen auf den hiesi-

The screenshot shows the website 'das Kalifat' with a navigation menu and a list of recent articles. The main article is 'Das noble Wertesystem der Scharia' under the rubric 'Islam'. The sidebar lists several articles from 2009, including 'Verlautbarung: Nur das Kalifat kann euch retten!' and 'Aufgelesen: Das Scheitern des Kapitalismus aus dem Munde eines seiner höchsten Vertreter'.

„Die Scharia ist ein vollständiges Lebenssystem“: Die islamistische und in Deutschland verbotene Hizb ut-Tahrir propagiert die Errichtung eines Kalifats und das strikte Verständnis religiöser Vorgaben (*kalifat.com*)

gen Kontext übertragbar.

Ghaemmaghami hob zudem hervor, dass Muslime ohne Weiteres in einem säkularen Staat leben könnten: „Die Säkularität legt den Grundstein für Pluralität“, erläuterte der konservative Gelehrte. „In den säkularen Gesellschaften darf eine Religion nicht mehr gelten als die anderen. Jeder ist frei, in seinem individuellen Leben auf der Basis seiner Religion und seines Glaubens zu handeln, ohne dass es erlaubt ist, diese der Gesellschaft aufzudrängen. Selbstverständlich darf es für das individuelle Recht keine Hindernisse geben.“

Trotz der Betonung von individuellem Recht und des Vorrangs der lokalen Rechtsordnung stoßen Positionen wie die von Ceric und Ghaemmaghami auf Kritik. Zwar bestehen sie – im Unterschied zu traditionellen Vertretern der Muslimbruderschaft oder salafitischer Strömungen – nicht auf einer bedingungslosen und wortgetreuen Auslegung der religiösen Quellentexte. Vorgeworfen wird ihnen aber, dass sie die Scharia zu allgemein und unbestimmt beschreiben würden und damit letztlich unklar ließen, was mit dem Islam vereinbar sei und was nicht.

Tatsächlich tritt bei vielen Repräsentanten des Islam das Bekenntnis zu konkreten Menschenrechten und Freiheiten hinter den Verweis auf die abstrakte Gerechtigkeit einer „göttlichen Ordnung“ zurück. So setzt auch Ghaemmaghami der von ihm beschworenen Pluralität enge Grenzen: Der im interreligiösen Dialog aktive Gelehrte hatte sich zwar im *Cicero*-Gespräch für das Prinzip der Gleichheit der Religionen stark gemacht. Gleichwohl war er noch vor einigen Monaten – im Einklang mit der Ideologie der iranischen Führung – für den Ausschluss der Gemeinschaft der Bahai aus dem *Interreligiösen Forum Hamburg* eingetreten.

Dass unter Bezug auf die Scharia formulierte Positionen oft unbestimmt bleiben, wird

auch an der *Islamischen Charta des Zentralrats der Muslime in Deutschland* (ZMD) bemängelt. Bereits 2002 hatte der Dachverband in dieser Grundsatzerklärung 21 Artikel über das Verhältnis der Muslime „zum deutschen Staat und zur hiesigen Gesellschaft“ formuliert. Darin heißt es, dass das „islamische Recht (...)“

### Jugendliche und der Konflikt im Nahen Osten

Äußerst emotional bekundeten viele Demonstranten in den letzten Wochen ihren Protest gegen den Krieg in Gaza. Dies gilt insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene arabischer und türkischer Herkunft, die die Proteste prägten. Deutlich wurde dabei zum einen die enge persönliche Verbundenheit mit der Heimatregion der Eltern und Großeltern und den dort lebenden Bekannten und Verwandten. Zum anderen wurde die zentrale Bedeutung des Nahostkonflikts für die Identitätsbildung dieser Jugendlichen sichtbar: In der Auseinandersetzung mit Israel bildet sich eine vermeintliche „arabische“ oder „muslimische“ Gemeinschaft, hinter der konfessionelle, ethnische und politische Differenzen zurücktreten.

Auch im Namen dieser Gemeinschaft wandten sich viele Demonstranten an die deutsche Öffentlichkeit und forderten, dass sich die Medien und die Bundesregierung ebenfalls gegen Israel stellen sollten. Vor allem Jugendliche waren es auch, die dabei immer wieder Parolen wie „Kindermörder Israel“ skandierten und Israel beschuldigten, für einen „neuen Holocaust“ in Gaza verantwortlich zu sein. Zudem waren Parolen wie „Tod den Juden“ zu hören. ([Hier](#) ein Youtube-Video der Demo vom 10. Jan. 2009 in Berlin) Auf diese Weise reproduzierten und verfestigten Jugendliche im Rahmen der Protestaktionen gegen den Gaza-Krieg bereits bestehende Feindbilder.

Kaum wahr genommen wurden dagegen solche Stimmen, die sich ausdrücklich gegen antisemitische Feindbilder einsetzten. Ausführlich betonte etwa die Website [Musafira.de](#), dass es nicht um einen Konflikt mit den Juden, sondern um die Auseinandersetzung mit der israelischen Politik gehe. (Hier der [Beitrag](#) aus dem letzten Newsletter zur pädagogischen Begegnung antisemitischer Einstellungen. Weitere Informationen finden Sie in einer [Studie](#) von Sina Arnold, die in Interviews mit Jugendlichen dem Zusammenhang von Antisemitismus und Nahostkonflikt nachgeht.) ■



Muslimen in der Diaspora (verpflichtet), sich grundsätzlich an die lokale Rechtsordnung zu halten. In diesem Sinne gelten Visumserteilung, Aufenthaltsgenehmigung und Einbürger-

„... als Verträge, die von der muslimischen Minderheit einzuhalten sind.“

Die im Dachverband des ZMD organisierten Muslimen, so heißt es weiter, bejahen „die vom Grundgesetz garantierte gewaltenteilige, rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich des Parteienpluralismus, des aktiven und passiven Wahlrechts der Frau sowie der Religionsfreiheit. Daher akzeptieren sie auch das Recht, die Religion zu wechseln, eine andere oder gar keine Religion zu haben.“ Und zur Gültigkeit der Menschenrechte heißt es: „Zwischen den im Koran verankerten, von Gott gewährten Individualrechten und dem Kernbestand der westlichen Menschenrechtserklärung besteht kein Widerspruch.“

Kritische Stimmen sehen aber gerade in solchen Einschränkungen auf einen nicht näher bestimmten „Kernbestand“ der „westlichen“ Menschenrechte die Crux: Es gelte nur, so wird bemängelt, was bereits von Gott im Koran verankert wurde – womit über die Menschenrechte als solche noch nichts gesagt sei. Zudem stehe die Vorstellung, dass die Rechte des Einzelnen von „Gott gewährt“ würden, im Widerspruch zu einem Verständnis universell gültiger und unbedingter Menschenrechte. Wenn nämlich, so die Kritiker, Rechte und Freiheiten dem Menschen nur von Gott zugestanden wären, dann ließen sich – etwa im Falle eines „Fehlverhaltens“ gegenüber Gott – durchaus Einschränkungen dieser Rechte begründen.

Diesen Stimmen gehen die Bemühungen des ZMD, die Vereinbarkeit von Scharia und Grundgesetz herauszustellen, daher nicht weit genug. (Siehe dazu zum Beispiel eine [Einschätzung](#) des *Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration* sowie einen [Beitrag](#) von Johannes Kandel von der *Friedrich Ebert Stiftung*.)

Auf der anderen Seite stieß die Charta des ZMD, in dem auch Vereine aus dem Spektrum der Muslimbruderschaft organisiert sind, auch in den eigenen Reihen auf Vorbehalte. So wandte sich Ahmad von Denffer

vom *Islamischen Zentrum München*, das von Beobachtern zum traditionellen Flügel der Muslimbruderschaft gezählt wird, ausdrücklich gegen ein Bekenntnis zur grundgesetzlichen Ordnung. In der Zeitschrift *Al-Islam* schrieb er: „Natürlich anerkennt jeder Mensch, der in Deutschland lebt, die Tatsache als Realität an, dass er hier in einer säkularen Demokratie lebt. Aber das bedeutet doch nicht (...), dass damit diese Tatsache und Realität als begrüßenswert oder gar erstrebenswert anerkannt wird. Im Gegenteil ist diese Einsicht für die Muslime ein Ansporn, sich nach besten Kräften dafür einzusetzen, diese Gesellschaft in eine islamgemäße umzuwandeln. Oder will der ZMD wirklich behaupten, dass ihm dieses Anliegen gleichgültig ist? Es ist gelinde gesagt, zumindest unfair, die Menschen, mit denen man hierzulande zusammenlebt, darüber hinweg zu täuschen, wie das hier versucht wird.“

Angesichts solcher Einwände, die die Vereinbarkeit von Scharia und Grundgesetz verneinen, erscheinen innerislamische Diskussionen um individuelle Rechte und Freiheiten um so wichtiger – zum Beispiel, wenn es um konkrete Fragen wie den Umgang mit Apostasie oder um die Anerkennung von Homosexualität als gleichberechtigter Lebensweise geht. Von Seiten der größeren islamischen Verbände gibt es dennoch oft Vorbehalte, auf diese Debatten einzugehen – wohl auch aus Angst vor internen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern eines offenen und eines eng am Wortlaut einiger religiöser Quellen orientierten Verständnisses der Scharia. Dabei wären gerade solche Auseinandersetzungen eine Gelegenheit, der nicht-islamischen Öffentlichkeit die eigene Haltung zu verdeutlichen und sich von einem Verständnis der Scharia abzugrenzen, wie es von islamistischen Strömungen propagiert wird. ■

Die Bedeutung von Scharia-Bestimmungen in Deutschland skizziert ein [Beitrag](#) von Prof. Mathias Rohe. Zu unterscheiden ist danach vor allem zwischen religiösen und rechtlichen Normen. Informationen finden Sie dazu auch in einer [Erläuterung](#) der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages. ■

## „Ist Musik erlaubt?“ – Diskussionen über Religion und Musik

Ob Rihanna, Bushido oder Tarkan – Popmusik und Hip-hop gehören zum Alltag der allermeisten jungen Muslime. Die Religion spielt dabei meist keine Rolle: Musik ist Teil des Lifestyles, wie er auch unter nicht-muslimischen Jugendlichen gepflegt wird. Aus Wasserpfeifencafés sind Videoclips von Nancy Ajram und Haifa Wahbe ebensowenig wegzudenken wie Sezen Aksu und Mustafa Sandal aus türkischen Wohnzimmern.

Sehr viel mit Religion hat hingegen der islamische Hip-Hop zu tun. Dieser Trend entstand in den 80er Jahren in den USA und wurde in den letzten Jahren auch in Deutschland immer beliebter. Die Website [muslimhiphop.com](http://muslimhiphop.com) bietet einen guten Einblick in den religiösen Hip-hop, in dem auch Elemente von Pop und Reggae aufgegriffen werden. Hier finden sich Porträts von Miss Undastood, Mecca2Medina und Sami Yusuf, die auch unter jungen deutschen Muslimen sehr populär sind.

Die Macher der Seite sehen sich als Teil einer explizit islamischen Musikszene. Ihr Selbstverständnis beschreiben sie so: Es gehe zum einen darum, Künstlern ein Forum zu bieten, die sich auf islamisch-korrekte Weise, also *halal*, ausdrücken. Zum anderen wolle man gegen die Ungerechtigkeiten, die in der Welt gegen Muslime und von Muslimen begangen werden, Position beziehen und den „Islam mittels der

universellen Sprache der Musik mit der Welt teilen“. Sie sehen Musik als Chance, unter Muslimen wie Nicht-Muslimen für die Botschaft des Islam zu werben.

Dieses Verständnis ist unter sehr konservativen Muslimen allerdings umstritten. Zum Beispiel gilt einigen salafitischen Strömungen das Singen von Liedern und das Spielen von Instrumenten grundsätzlich als verboten, als *haram*.

Als Antwort auf diese Kritiker ist der Seite [muslimhiphop.com](http://muslimhiphop.com) ein disclaimer vorangestellt, in dem die Betreiber ihr Verständnis vom Verhältnis von Islam und Musik darlegen. Sie schreiben:

„Die Frage, ob Musik nach den Regeln des Islam zulässig ist, wurde von vielen Seiten der Umma, der islamischen Gemeinschaft, immer wieder diskutiert. Es gibt einige Gelehrte, die sagen, Musik sei immer *haram*, während andere sagen, es dürften keine Musikinstrumente verwendet werden. Andere sagen, Musik sei *halal* (erlaubt) solange die Inhalte der Lieder nicht gegen die Prinzipien des Islam (zum Beispiel Sex, Drogen, Gewalt, Gottlosigkeit) verstoßen würden. Wir teilen diese letzte Sichtweise.“

Dennoch stellt sich die Frage nach der

Zulässigkeit von Musik unter religiösen Muslimen immer wieder. Viele Jugendliche wenden sich zur Klärung dieser Frage an Internetforen oder Onlineangebote islamischer Gelehrter. Mehr oder weniger ausführlich werden hier die Argumente für oder gegen ein Verbot von Gesang und dem Spielen von Instrumenten abgewogen. (Siehe zum Beispiel in den Foren der [Islamischen Denkfabrik](#) oder [Die Wahrheit im Herzen](#).)



Auftritte von Sängern gehören zum Rahmenprogramm vieler islamischer Veranstaltungen ([tuusa.de](http://tuusa.de))

Nicht selten fallen die Ratschläge dann eher konservativ aus. Das auf deutsch und türkisch verbreitete Buch „Erlaubtes und Verwehrt“, das von der Türkischen Religionsstiftung herausgegeben wird, bezieht sich dabei auf Hadithe, in denen der Prophet Muhammed Musik zum Beispiel an Feiertagen gebilligt habe. Musik sei aber dann verboten, wenn sie im Übermaß und zur bloßen Ablenkung konsumiert werde oder „weltliches Wünschen“ und „geschlechtliche Empfindungen“ gerade bei jungen Menschen anrege. (H. Karaman, Erlaubtes und Verwehrt, S. 150ff.)

In salafitischen Spektren wird eine noch rigidere Haltung vertreten. Begründet wird dies mit Suren und Hadithen, in denen zum Beispiel vor „leerem Gerede“ gewarnt wird – wovon hier eben auch Gesang und das Spielen von Musikinstrumenten verstanden wird. In einer Fatwa des *Islamischen Bildungs- und Kulturzentrum Braunschweig e.V. (IBKZ)*, das eng mit dem populären salafitischen Kölner Prediger Pierre Vogel zusammenarbeitet, wird darüberhinaus auf Hadithe verwiesen, die vor Musik als „Stimme des Teufels“ warnen. (Informationen zu Pierre Vogel finden Sie zum Beispiel in einem Artikel der *FAZ*.)

Wie zu anderen Fragen wird auch hier eine sehr strenge Lesart der islamischen Quellen vorgegeben. So strebe der Teufel danach, die Menschen mit den Mitteln der Musik zur Sünde zu bewegen und für das „Schandhafte“ empfänglich zu machen.

Musik sei daher als ein Mittel, um den Menschen von seinem gottesfürchtigen Weg abzulenken. (Siehe zum Beispiel eine Fatwa der Seite *Islam-Fetwa*.)

Noch deutlicher wird diese Interpretation der islamischen Quellen in einer Fatwa über Musik, Gesang und Tanz, die vom *Islamischen Zentrum Münster (IZM)* verbreitet wird. Wie

### Video-Satire über Musik-Verbote

Die Frage, wie auch konservative Muslime ganz entspannt Musik machen können, beantworteten Aatif Shariief und Ibrahim Zuberi auf selbstironische Weise. Die beiden amerikanischen Künstler gründeten das Label *Iota-pani*, um Unterhaltung mit „islamischen Standards“ für muslimische Jugendliche in westlichen Gesellschaften anzubieten.

Wie das geht, zeigt ihr Video „Halal Mix Tape“ – frei übersetzt: Mix Tape mit religiös korrekter Musik. Acapella und mit religiösen Botschaften umgetextet führen sie dort Pop-hits der 80er und 90er Jahre auf. „Read it“ heißt es da etwa statt „Beat it“ – und gemeint ist natürlich das Lesen des Korans.

Dabei persiflieren sie auch die Vorliebe meist älterer Scheichs, mittels Fatwas religiöse Verbote auszusprechen: Sie erfinden einfach ein religiöses Amt für das „Halalifizieren“ (Erlauben) von Mix Tapes. Zum Video geht es [hier](#) auf Youtube. ■



das IBKZ zählt das IZM zum salafitischen Spektrum, das eine „Rückkehr“ zur vermeintlich moralisch strengen und einwandfreien Lebenswelt der altvorderen Muslime anstrebt. Auch hier wird Musik ausdrücklich verurteilt:

„Es gibt in dieser Frage keine zwei Meinungen. Deshalb müssen wir die Leute anweisen, auf die beste Art und Weise und dann Schritt für Schritt, Musik öffentlich zu verurteilen, wenn wir dazu in der Lage sind. (...) Möge das oben Geschriebene (über das Verbot von Musik) die Herzen der Muminin (Gläubigen) heilen und das Geflüster aus den Herzen derjenigen, die von den verführ-

erischen Einflüsterungen geplagt werden, vertreiben.“ ([hier](#))

Eine solche Haltung ist den Vertretern des sogenannten Pop-Islam fremd. Vereine wie die *Muslimische Jugend in Deutschland (MJD)* stoßen unter jungen religiösen Muslimen gerade deshalb auf Zuspruch, weil sie Religion mit modernen jugendkulturellen Trends verbinden. Die enge Zusammenarbeit der MJD mit dem Community-Portal

[myumma.de](#) und dem Modelabel *Style-Islam* sind dafür Beispiele. So gilt die MJD für religiöse Jugendliche als Alternative zu den traditionellen islamischen Vereinen, die mit Hinterhofmoscheen und realitätsfernen Vorstellungen über den Alltag von Jugendlichen in Deutschland identifiziert werden.

Im Sortiment des Onlineshops *Greenpalace*, der von der MJD betrieben wird, finden sich CDs von prominenten Vertretern des deutsch- und

#### DOKUMENTATION:

#### Muslimische Jugend in Deutschland: "Singen & Musik: die islamische Sichtweise"

Die Frage „Ist Musik haram?“ war eines der Themen, die während der Winterakademie der *Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD)* diskutiert wurden. Für die MJD ist Musik nicht grundsätzlich verboten. Ganz im Gegenteil: Typisch für die MJD ist ihre Offenheit für popkulturelle Trends – solange sich diese mit der Botschaft und den Prinzipien des Islam, wie sie ihn versteht, vereinbaren lassen. Im sogenannten *Lokalhandbuch* der MJD, mit dem sich der Verein an seine Mitglieder wendet, wird eine Fatwa über Musik dokumentiert, die vom Online-Portal *Islam-Online* erstellt wurde. Sie dient als Leitlinie der Bildungs- und Jugendarbeit der MJD.

Der spirituelle Vater von *Islam-Online* ist der ägyptische Scheich Yusuf Qaradawi, der der islamistischen Muslimbruderschaft zugerechnet wird. Auch der MJD wird vorgeworfen, ideologische und organisatorische Verbindungen zum internationalen Netzwerk der Muslimbruderschaft zu unterhalten. (Eine kritische Einschätzung der MJD finden Sie im [Islamismus-Dossier](#) auf den Seiten der *bpb*.)

Inhaltlich unterscheiden sich die hier getroffenen Aussagen von den Vorstellungen salafitischer Strömungen. Aber auch hier geht es um die Orientierung an als verbindlich betrachteten und von Religionsgelehrten vorgegebenen Werten und Normen, nach denen der Einzelne sein Verhalten ausrichten soll:

*„Es gibt einige Bedingungen, die bezüglich des Singens und Zuhörens eingehalten werden müssen. Diese sind:*

1. *Nicht jede Art von Singen ist erlaubt. Das erlaubte Lied sollte mit den islamischen Lehren und der Ethik übereinstimmen. (...)*

2. *Auch die Art und Weise, wie das Lied aufgeführt wird, spielt eine große Rolle. Der Inhalt des Liedes*

*mag zwar gut sein, aber die Darstellung des Sängers, indem er oder sie zum Beispiel die Erregung und das Verlangen des Publikums im Sinne hat und versucht, diese zu verführen, geht in eine zweifelhafte Richtung des Unerlaubten und Verabscheuungswürdigen. (...) Man muss also aufpassen mit der Musik und der weichen Stimme, die von Rhythmus, Melodie und besonderen Effekten begleitet wird!*

3. *Das Singen sollte nicht von Dingen begleitet sein, die verboten sind, wie zum Beispiel Alkohol, Nacktheit, das Mischen von Frauen und Männern wie es üblich ist in Kneipen und Diskotheken, etc.*

4. *Der Islam hat Ausschweifungen in allem verboten. Dasselbe gilt auch für Ausschweifungen in der Freizeit und Erholung, wenn auch diese erlaubt sind! Das deutet darauf hin, dass die Leere des Verstandes und des Herzens im kurzen Leben eines Menschen beobachtet und behandelt werden muss. Man soll sich der Tatsache bewusst sein, dass Allah, der Allmächtige, jeden von uns über sein Leben befragen wird, besonders über die Jugend. Es gibt Dinge, in denen man sein eigener Richter und Mufti sein muss. Erregt eine Art von Musik in einem das Begehren und Verlangen, welche einen von der Realität entfernt, dann sollte er oder sie dies vermeiden und einen Riegel vor das Tor schieben, von welchem der Wind der Versuchung kommt und versucht die Religion, Moral und das Herz auszulöschen. Tut er oder sie das, dann kehrt Frieden und Ruhe ein.“ ([hier](#)) ■*



englischsprachigen islamischen Hip-Hops und Pops. Neben dem amerikanischen Trio Native Deen und dem britischen Sänger

istischen Muslimbruderschaft steht: „Nicht jede Art von Singen ist erlaubt. Das erlaubte Lied sollte mit den islamischen Lehren und der Ethik übereinstimmen. (...) Das Singen sollte nicht von Dingen begleitet sein, die verboten sind, wie zum Beispiel Alkohol, Nacktheit, das Mischen von Frauen und Männern wie es üblich ist in Kneipen und Diskotheken, etc.“ (Mehr zur Fatwa und zur MJD in der Dokumentation.)

### Dossier: Starke Jugend – Lebenswelten junger Migranten

In den aktuellen Diskussionen über Erziehungsnotstand, Bildungsmisere und Gewalt geht es immer wieder auch um junge Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei kommen sie selbst nur selten zu Wort. Die *Heinrich Böll Stiftung* hat nun ein lesenswertes *Dossier* erstellt, das die Lebenswirklichkeit von Jugendlichen stärker in den Blick nimmt. „Wie wirkt es auf Jugendliche“, wird hier gefragt, „dass in den Diskussionen hauptsächlich von Problemen gesprochen wird, aber nicht von ihren Fähigkeiten und Chancen?“

So beschreibt zum Beispiel der Rapper und Sozialarbeiter Kutlu Yurtseven seine Erfahrung, „dass er doch nicht dazu gehört. Und wie er durch Abitur, Studium und HipHop doch noch angekommen ist“.

In mehreren Beiträgen geht es um alltäglichen Rassismus und Fragen der Zugehörigkeit und Identität. Diese spielen schließlich auch eine Rolle, wenn es um die Geschichtsbilder unter junger Migranten geht. Zum Beispiel im Fall von Bülent (16), über den die Professorin für interkulturelle Erziehungswissenschaften, Viola B. Georgi, schreibt: Er interessiert sich für Geschichte, auch für die des Nationalsozialismus. Ihn nervt aber, dass er als Ausländer wahrgenommen wird, obwohl er hier geboren ist – und als „Ausländer“ wird ihm abgesprochen, sich überhaupt für deutsche Geschichte interessieren zu können.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Bild der Migranten in den Medien, aber auch mit dem Bild, das sich junge Migranten von den Medien machen. Außerdem geht es um Rap-Texte, HipHop-Projekte, Musicals und Schreibwerkstätten, in denen Jugendliche sich engagieren. Dabei werden auch Möglichkeiten zur Eigeninitiative aufgezeigt: „Das Dossier will Euch, Jungs und Mädchen, Mut machen: ergreift das Wort, mischt Euch ein, erzählt uns Eure Geschichten, berichtet von Euren Projekten und tretet heraus aus dem Schatten der Geschichte!“ ■



Das Bekenntnis zur Zulässigkeit von islamischer Musik bedeutet insofern auch eine Abgrenzung gegenüber vermeintlich unislamischer Musik, die von konservativen jungen Muslimen als unethisch und verdorben abgetan wird.

Strenge Moralität und die Orientierung an islamischen Werten werden für sie zum Maßstab, der über die Zulässigkeit des ei-

Sami Yusuf ist dabei vor allem auch der Münchener Hiphoper Ammar 114 sehr beliebt. (*Hier* zum Angebot von Greenpalace.)

Musik ist also für die MJD nicht grundsätzlich verboten – sie unterliegt aber ähnlich wie für die Macher der Seite *muslim-hiphop.com*, strengen Kriterien, um nach den von ihnen angelegten Prinzipien des Islam zulässig zu sein.

Die MJD beruft sich dabei auf eine Fatwa des Islam-Portals *Islam-Online*, das für Positionen aus dem weiteren Spektrum der islam-

genen und die Bewertung des Handelns anderer entscheidet – auch wenn es „nur“ um das Hören und Spielen von Popmusik geht. ■

Impressum: *ufuq.de* – Jugendkultur, Medien und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft, Lohmühlenstr. 65, 12435 Berlin, *info@ufuq.de*.

Redaktion: Götz Nordbruch und Jochen Müller.

Der Newsletter erscheint sechs- bis achtwöchentlich und wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) finanziert. Er ist entstanden aus dem bpb-Modellprojekt „Jugendkultur, Religion und Demokratie. Politische Bildung mit jungen Muslimen in Berlin-Neukölln und Essen-Katernberg/-Altendorf“.